

PROLOG ZUR KRIEG-IN-SICHT-KRISE

**Bismarcks Versuch, den Kulturkampf in die Türkei zu exportieren
(1873/74)***

VON

WINFRIED BAUMGART

1. Das Problem

DASS Bismarck den Kulturkampf auf dessen Zenit in den Jahren 1873–75 auch außenpolitisch zu führen bemüht war, ist bekannt¹⁾. So schürte er an der Jahreswende 1873/74 die Spannungen mit Frankreich und mit Belgien, indem er beide Länder beschuldigte, sie duldeten die Einmischung ihres Episkopats in den preußisch-deutschen Kulturkampf durch Hirtenbriefe und sonstige öffentliche Kundgebungen. Die Motive für Bismarcks Vorgehen sind von Zeitgenossen und von der Forschung sowohl auf innen- wie auch auf außenpolitischem Felde gesucht worden. Darauf wird zurückzukommen sein. Daß Bismarck aber bei seinem Versuch zur Internationalisierung des Kulturkampfes sich auch auf einen abgelegenen erscheinenden Nebenschauplatz, den der Türkei nämlich, begab, ist in der Forschung so gut wie unbekannt geblieben²⁾. Dabei war Bis-

* Konrad Repgen zum 60. Geburtstag.

¹⁾ Johannes B. Kießling, *Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reich*. Bd. 2. *Die Kulturkampfgesetzgebung 1871–1874*, Freiburg i. Br. 1913, S. 342–349. – Georg Franz, *Kulturkampf. Staat und katholische Kirche in Mitteleuropa von der Säkularisation bis zum Abschluß des preußischen Kulturkampfes*, München [1954], S. 227–229. – Lillian Parker Wallace, *The Papacy and European Diplomacy 1869–1878*, Chapel Hill, N.C. (1948), S. 222–260. – Francis A. Arlinghaus, *The Kulturkampf and European Diplomacy, 1871 bis 1875*, in: *The Catholic Historical Review* 27 (1941/42) S. 340–375. Vgl. auch den neuen Forschungsüberblick von Winfried Becker, *Der Kulturkampf als europäisches und als deutsches Phänomen*, in: *Historisches Jahrbuch* 101 (1981) S. 422–446.

²⁾ Als einer der wenigen erwähnt Kießling diesen Versuch (S. 349; oben Anm. 1): „Neben so vielen Mißerfolgen erzielten die Bestrebungen Bismarcks, den

marcks diesbezügliche Tätigkeit im Orient der zeitgenössischen Öffentlichkeit gar nicht einmal verborgen geblieben; denn sie führte zu nicht unerheblichen Auswirkungen auf jenes allgegenwärtige Problem der internationalen Beziehungen des 19. Jahrhunderts, auf die orientalische Frage, und damit auf Deutschlands Verhältnis zu den anderen Großmächten – von den unmittelbaren Folgen, dem Sturz des damaligen türkischen Großvezirs und der Abberufung des deutschen Gesandten aus Konstantinopel, ganz abgesehen.

In Bismarcks Orientpolitik zwischen 1862 und 1890³⁾ bildet sein direktes Engagement in Konstantinopel zu Beginn des Jahres 1874 insofern eine bemerkenswerte Ausnahme, als er hier seine sonst stets befolgte Maxime, Deutschland sei an der orientalischen Frage überhaupt nicht unmittelbar interessiert, zum ersten und einzigen Mal aus eigenem Antrieb durchbrach und aus der Episode die ihm gedanklich längst vertraute Erfahrung mitnahm, daß ein Anrühren der orientalischen Frage dem Öffnen der Pandora-Büchse gleichkomme. Der Grund, daß sich die Forschung mit diesem Ab-

Kulturkampf zum Exportartikel zu machen, auch einen kleinen Erfolg, und zwar in – Armenien.“ Auf Grund der Berichterstattung des russischen Botschafters in Berlin wird er auch kurz gestreift von: Ju. B. Borisov, *Russko-francuzskie otnošenija posle Frankfurtskogo mira 1871–1875* [Die russisch-französischen Beziehungen nach dem Frankfurter Frieden 1871–1875], [Moskau] 1951, S. 156. Vgl. auch die kurzen Bemerkungen bei [Elie] Vicomte de Gontaut-Biron, *Meine Botschafterzeit am Berliner Hofe 1872–1877* [Übersetzung aus dem Französischen], Berlin 1909, S. 404 Anm., S. 416. Wenn Bismarck (ebenda S. 416) im Gespräch mit dem französischen Botschafter bemerkt haben soll, „daß ihm über die Ereignisse im Orient nichts bekannt sei“, so ist, wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, genau das Gegenteil richtig. Im übrigen wurde darüber in der internationalen Presse, auch in der deutschen offiziellen, von Bismarck inspirierten, berichtet. Als zeitgenössische Hintergrundinformation, die sich nur auf die armenische Kirchenfrage als solche bezieht, vgl. D[aniel] Rattinger, S.J., *Das katholische Patriarchat von Armenien*, in: *Stimmen aus Maria Laach* 3 (1872) S. 29–48, 205–222, 372–383. Ferner T[homas] J[oseph] Lamy, *La question arménienne*, in: *Revue catholique* 38 (1874) S. 153–175, 583–613; 39 (1875) S. 34–63.

³⁾ Vgl. den neueren Überblick von Viržinia Paskaleva, *Preußen-Deutschland und die Orientfrage in den 50er–70er Jahren des 19. Jh.*, in: *Académie bulgare des sciences. Institut d'histoire. Etudes historiques* 7 (1975) S. 237–264 (mit der dort angeführten älteren Literatur). Die dort nicht erwähnten beiden älteren Arbeiten von Maximilian Fliegenschmidt (*Deutschlands Orientpolitik im ersten Reichsjahrzehnt 1870–1880*, Berlin 1912) und von Franz Ronneberger (*Bismarck und Südosteuropa*, Berlin 1941) sind ohne die Akten geschrieben und daher weitgehend überholt.

stecher Bismarcks in den orientalischen Irrgarten nie beschäftigt hat, mag schlichtweg darin liegen, daß die hauptsächlich archiva-lischen Quellen dafür an denkbar unvermuteter Stelle liegen⁴). Die Motive für seinen Vorstoß sind aus den Akten selbst aber so unvollständig zu entnehmen, daß man die Episode in den Zusammenhang seines gesamten politischen Handelns in jenen Wintermonaten von 1873/74 einordnen muß.

2. Die Spaltung in der armenisch-katholischen Kirche

Bevor Bismarcks Auftritt in Konstantinopel und seine dabei verfolgten Ziele behandelt werden, ist zum besseren Verständnis ein kirchenpolitischer Aspekt der innertürkischen Entwicklung kurz zu schildern⁵).

Von den rund 30 Millionen Bewohnern des riesigen türkischen Reiches bekannte sich etwa ein Drittel zum Christentum. Von diesem wiederum waren 1 Million Katholiken, die sich auf 80 Diöze-

⁴) Es ist der im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (im folgenden abgekürzt PA) liegende Bestand IA Bq 47 (Acta betr. die Regelung der Verhältnisse der in der Türkei lebenden Christen), Bd. 9–11.

⁵) Allgemein zum folgenden Bertold Spuler, *Die morgenländischen Kirchen*, Leiden/Köln 1964 [= Sonderdruck aus: *Handbuch der Orientalistik*, I. Abt., Bd. 8, 2. Abschnitt]. – Roger Aubert, *Le pontificat de Pie IX (1846–1878)* (*Histoire de l'Eglise depuis les origines jusqu'à nos jours. Fondée par Augustin Fliche et Victor Martin*, vol. 21), [Paris 1966 (?)], S. 410–426 (die Abschnitte „L'église catholique dans l'Empire ottoman“, „Les patriarchats orientaux“). – Theodor Granderaath, *Geschichte des Vatikanischen Konzils von seiner ersten Ankündigung bis zu seiner Vertagung*. Hrsg. v. Konrad Kirsch. Bd. 2, Freiburg i.Br. 1903, S. 325–360 (dort auch Auseinandersetzung mit der älteren Konzilsgeschichte von Johann Friedrich). Die neueste betont antipäpstliche Darstellung des Ersten Vatikanums von August Bernhard Hasler (*Pius IX. [1846–1878], päpstliche Unfehlbarkeit und 1. Vatikanisches Konzil. Dogmatisierung und Durchsetzung einer Ideologie [Päpste und Papsttum. Bd. 12]*, Stuttgart 1977) bietet keine zusammenhängenden Ausführungen über den armenischen Kirchenkonflikt. Vgl. ferner Donat Vernier, *Histoire du patriarcat arménien catholique*, Lyon/Paris 1891, S. 320–325. – Joseph Hajjar, *Zwischen Rom und Byzanz. Die unierten Christen des Nahen Orients*, Mainz (1972) [Übersetzung aus dem Französischen] (besonders S. 205–241). Ders., *L'épiscopat catholique oriental et le I^{er} concile du Vatican d'après la correspondance diplomatique française*, in: *Revue d'histoire ecclésiastique* 65 (1970) S. 423–455, 737–788. Wilhelm De Vries, *Rom und die Patriarchate des Ostens (Orbis academicus)*, Freiburg/München (1963), S. 232–237, 283–285.

sen verteilten. Ihre Mehrzahl, an die 600 000, war jedoch von der katholischen Kirche getrennt. Der Rest verteilte sich auf Gemeinschaften, die mit der katholischen Kirche vereint, unierte waren, also den Papst als ihr geistliches Oberhaupt anerkannten. Zu ihnen zählten die Maroniten im Libanon, die Melchiten in Syrien, die Chaldäer in Mesopotamien und vor allem die armenischen Katholiken. Durch die Reformerrlasse des Sultans von 1839 und 1856 kamen diese katholischen wie alle sonstigen christlichen Gemeinschaften in den Genuß bürgerlicher Freiheiten, die ihrer inneren Entwicklung wesentlich zugute kamen. Die unierten Gemeinschaften hatten seit alters her nicht nur ihren eigenen Ritus, sondern auch eine eigene Kirchenverfassung. Hauptbestandteil war das Recht oder der Brauch der Patriarchen- und Bischofswahl. Die Oberhirten wurden also nicht vom Papst auf Grund einer Vorschlagsliste ernannt, sondern in der eigenen Gemeinschaft gewählt. An der Wahl wirkten nicht nur die Bischöfe und Priester, sondern auch Laien (Notabeln) mit. Eine weitere wesentliche Besonderheit der Kirchenverfassung war, daß der jeweilige Patriarch nicht nur geistliches Oberhaupt, sondern auch weltlicher Vorsteher der Gemeinde (des Millet) war.

Im Zuge der Latinisierungs- und Zentralisierungsbestrebungen des Papsttums unter Pius IX. wurde von seiten Roms versucht, diese Selbständigkeit der orientalischen Kirchengemeinden abzubauen und zu beseitigen. Ein erster durchgreifender Schritt in diese Richtung erfolgte gegenüber den unierten armenischen Katholiken, an deren Spitze seit 1866 der unbedingt romtreue Patriarch Anton Hassun stand. Unter seiner Mitwirkung kam die im Juli 1867 verkündete Bulle *Reversurus* zustande, die mit der bislang praktizierten Bischofs- und Patriarchenwahl radikal Schluß machte und die Besetzung der Bischofssitze und des Patriarchenstuhles ganz in die Hand des Papstes legte.

An dieser Regelung entzündeten sich in der armenischen Gemeinde und Geistlichkeit heftige Streitigkeiten, in deren Verlauf Hassun seine Gegner exkommunizierte, die sich daraufhin selbständig zu konstituieren suchten. Auf dem Vatikanischen Konzil vertiefte sich die Spaltung. Die Dissidenten erbaten vom Papst die Absetzung Hassuns und die Wiederherstellung der alten Privilegien. Dieser aber wies sie nicht nur ab, sondern sandte einen Vertreter nach Konstantinopel, um die Abtrünnigen zurückzuführen, und ließ in Rom sogar einige der dort anwesenden armenischen Geistlichen festsetzen. In Konstantinopel wandten sich die Dissidenten an

die Pforte. Der erbetene Schutz wurde ihnen gewährt; sie erhielten auch eine Kirche zur Ausübung ihres Gottesdienstes.

In der Türkei war es also, ähnlich wie in Italien, in der Schweiz und in Preußen-Deutschland, aber zum großen Teil aus anderen Ursachen her, zur Bildung romfeindlicher katholischer Gruppen gekommen, die jenseits der innerkirchlichen Auseinandersetzung den Staat auf den Plan riefen. Anders als in den genannten europäischen Ländern suchte der Papst jedoch eine Verständigung mit dem Sultan in der armenischen Frage. Er schickte im Frühjahr 1871 erneut einen Abgesandten, Monsignore Alessandro Franchi, nach Konstantinopel, um mit der Türkei eine konkordatsähnliche Regelung der kirchlichen Fragen zu erreichen⁶⁾. Franchi kam bei seinen mehrmonatigen Verhandlungen mit dem Großvezir Ali Paşa den türkischen Vorstellungen weit entgegen. Die Bulle *Reversurus* wurde zwar nicht in der Form, so doch im Prinzip preisgegeben. Der alte Zustand, vor allem bei der Bischofs- und Patriarchenwahl und beim Bischofseid (gegenüber dem Sultan), sollte allmählich wiederhergestellt werden. In der Personalfrage wurde vereinbart, Hassun zwar zunächst als Patriarchen weiteramtieren zu lassen, seine Funktionen aber *de facto* einem Vertreter zu übergeben und ihn bald nach Rom zu berufen. Die Verhandlungen Franchis, die bis zu einem unterschiftsreifen Entwurf gediehen waren, scheiterten aber unvermittelt, da der Großvezir verstarb und sein Nachfolger den Standpunkt einnahm, man könne unmöglich jemandem Rechte über türkische Untertanen einräumen, „der sich selbst als unfehlbar proclamirt“⁷⁾.

Wichtig zum Verständnis für die später erfolgende Intervention Bismarcks in der armenischen Frage ist bereits in dieser Phase – 1871 – der Umstand, daß sich eine der europäischen Großmächte, nämlich Frankreich, das sich traditionsgemäß als Protektor der katholischen Christen in der Levante verstand, von den Verhandlungen zwischen dem Papst und dem Sultan betroffen fühlte. Nicht genug damit, daß es zwischen Rom und Konstantinopel zum erstenmal zu direktem Kontakt kam – bisher waren Reklamationen zugunsten katholischer Untertanen des Sultans stets über französische

⁶⁾ Zur Mission Franchi vgl. die Berichterstattung der deutschen Gesandtschaft Konstantinopel in PA, IA Bq 47, Bd. 9. Darauf stützen sich die folgenden Ausführungen.

⁷⁾ Limburg-Stirum an Bismarck, Konstantinopel, 2. Oktober 1871 (ebenda).

Kanäle gelaufen –; Ali Paşa hatte den Verzicht des französischen Botschafters in Konstantinopel auf jegliche Mitwirkung zur Vorbedingung für die Einleitung von Verhandlungen mit Franchi gemacht⁸⁾. Dieser hatte sofort eingewilligt, da auch Rom das Interesse hatte, im Zuge der Zentralisierungstendenzen das bisherige französische Protektorat in orientalischkatholischen Angelegenheiten verschwinden zu sehen. Es war das Ergebnis des deutsch-französischen Krieges, das beiden Seiten ein solches bis dahin unerhörtes Verhalten möglich gemacht hatte. Das Beiseiteschieben Frankreichs ist denn auch die Erklärung für die Unterstützung der antihassunistischen Partei in Konstantinopel durch den dortigen französischen Botschafter⁹⁾, der vor dem deutsch-französischen Krieg und vor dem Konzil (auf dem ein Teil der französischen Bischöfe, mit Dupanloup an der Spitze, sich gegen das Infallibilitätsdogma ausgesprochen hatte) selbstverständlich auf der Seite Hassuns gestanden hatte.

Das Scheitern der Mission Franchi vertiefte die Spaltung unter den armenischen Katholiken. Wegen der damit verbundenen Unzulänglichkeiten erließ der Sultan am 1. Mai 1872 einen Ferman, durch den die Wahl Hassuns zum Patriarchen annulliert und die päpstliche Bulle *Reversurus* für das Osmanische Reich als nicht existent erklärt wurde. Die daraufhin organisierte Neuwahl fiel auf den Bischof von Diarbekir, Ohan Kupelian, der am 25. Mai vom Sultan in feierlicher Audienz als Patriarch der Armenier empfangen wurde. Am 15. Juli wurde Hassun des Landes verwiesen; er ging nach Rom.

Vom Standpunkt der Pforte war damit die Angelegenheit der armenischen Kirchenspaltung erledigt. Die Unzulänglichkeiten nahmen aber keineswegs ab, sondern zu, da die Anhänger Hassuns die von ihnen behaupteten Kirchen nicht herausgaben. Es kam wie im europäischen Kirchenkampf zu zahlreichen kirchen- und zivilrechtlichen Schwierigkeiten, z. B. in Ehestands- und Vermögensangelegenheiten.

⁸⁾ Vgl. dazu die Bemerkung des deutschen Gesandten in Konstantinopel: „Als ein Zeichen der Zeit muß ich constatieren, daß der Päpstliche Botschafter sich bei der Pforte [...] ohne jede französische Begleitung präsentiert. [...] Früher durfte sich kein Römischer Prälat hier zeigen, ohne von der französischen Botschaft eingeführt zu sein.“ (Keyserlingk an Thile, Konstantinopel, 24. April 1871. Ebenda.)

⁹⁾ Aus seinen Berichten zitiert ausführlich Hajjar (vgl. oben Anm. 5).

Als im Mai 1873 in Frankreich die republikanische Regierung Thiers der monarchistisch-konservativen Regierung MacMahon Platz machte, trat die armenische Frage in eine neue Phase ein, in der nach einigen Monaten zum erstenmal auch Bismarck auf den Plan trat. Entsprechend der romfreundlichen Haltung der Pariser Zentrale verwendete sich der französische Botschafter in Konstantinopel neuerdings für die Sache der Hassunisten¹⁰). Er drängte darauf, daß die Pforte den Hassunisten die Konstituierung einer Gemeinde zubillige wie den Kupelianisten. Es war klar, daß bei einem Nachgeben der Pforte die letzteren sich schwerlich würden halten können. Der französische Botschafter machte für seine Forderung sowohl die erdrückende Überzahl der Anhänger Hassuns geltend als auch die pekuniären Opfer, die Frankreich für die Errichtung der Kirchenbauten gebracht habe.

3. Bismarcks Eingreifen in die armenische Kirchenfrage

In den deutschen Akten findet sich bis zu diesem Zeitpunkt – Ende 1873 – kein Anzeichen dafür, daß sich Bismarck irgendwie für den armenischen Kirchenstreit in der Türkei interessiert hätte. Bemerkenswert ist immerhin, daß sich Kaiser Wilhelm I. bereits im Mai 1871 durch den Geheimrat Abeken über die armenische Kirche in Form eines Promemorias informieren ließ, nachdem er einen Bericht des deutschen Gesandten Keyserlingk über die Mission Franchis gelesen und darin besonders die Passagen über die Ausschaltung des französischen Botschafters markiert hatte¹¹). Als einzige Reaktion Bismarcks liegt aus dem August 1872 ein Erlaß an den deutschen Gesandten in Konstantinopel vor, sich jeder „Ansichtsäußerung“ in der armenischen Frage zu enthalten¹²). Zwischen Au-

¹⁰) Vgl. Eichmann an Bismarck, Konstantinopel, 19. November 1873 (PA, IA Bq 47, Bd. 9). Ferner den Schriftwechsel zwischen dem Patriarchen Hassun und der neuen französischen Regierung (dem Außenminister Herzog de Broglie und dem Präsidenten MacMahon) vom 14. Juni/28. Juli/20. August 1873 in Archives du Ministère des Affaires étrangères, Paris (im folgenden abgekürzt AMAE), Correspondance politique, Turquie, Bd. 395, f. 154–158; Bd. 396, f. 133–134; den Bericht de Vogüés an de Broglie, Konstantinopel, 6. August 1873 (ebenda Bd. 396, f. 43–46).

¹¹) Es ist der in Anm. 8 genannte Bericht. Das Promemoria Abekens vom 8. Mai 1871 in PA, IA Bq 47, Bd. 9.

¹²) Ebenda.

gust 1872 und November 1873 ist dann überhaupt eine Pause in der einschlägigen Berichterstattung aus Konstantinopel festzustellen.

Nachdem Bismarck am 16. Dezember 1873 von einem Erholungsaufenthalt in Varzin nach Berlin zurückgekehrt war, bekam er mehrere aus verschiedenen Kanälen stammende, darunter zwei aus Konstantinopel angekommene Nachrichten über „ultramontane“ Aktivitäten der französischen Regierung zu Gesicht, die ihn zu einer plötzlichen fieberhaften Gegenoffensive veranlaßten. Zum einen erfuhr Bismarck von kirchenpolitischen Diskussionen, die am 19. Dezember 1873 im belgischen Senat stattgefunden hatten, und von der angeblichen Agitation deutscher Priester auf belgischem Boden¹³). Zum anderen las er in zwei Nummern der römisch inspirierten „Genfer Korrespondenz“ von Instruktionen, die der französische Botschafter in Konstantinopel, Melchior de Vogüé, erhalten haben und durch die er zum Vorgehen zugunsten der Hassunisten aufgefordert worden sein sollte¹⁴). Diese Pressemeldungen stimmten überein mit zwei Berichten des deutschen Gesandten F. von Eichmann aus Konstantinopel vom 19. und 26. November 1873, in denen ebenfalls von entsprechenden französischen Schritten die Rede war¹⁵).

Diese drei Nachrichten über französische „klerikale“ Tätigkeiten gewannen ein neues Licht dadurch, daß soeben – am 20. Dezember 1873 – Bismarcks Auseinandersetzung mit der französischen Regierung über den Hirtenbrief des Bischofs von Nancy¹⁶) durch zwei

¹³) Balan an Bismarck, Brüssel, 22. Dezember 1873 (PA, IA Ba 49, Bd. 1).

¹⁴) Die beiden Nummern der „Genfer Korrespondenz“ (No. 126 vom 29. September 1873 und No. 158 vom 5. Dezember 1873) befinden sich als Anlage zum Bericht Eichmanns an Bismarck, Pera, 6. Januar 1874, unter den Akten (PA, IA Bq 47, Bd. 10). Die Pressemeldungen finden in den französischen Akten ihre Bestätigung. Vgl. oben Anm. 10.

¹⁵) Ebenda, Bd. 9.

¹⁶) In dem Hirtenbrief, der auch in den deutschen Teilen der Diözese Nancy verlesen wurde, hatte der Bischof die Gläubigen zu Gebeten für die Wiedervereinigung von Metz und Straßburg mit Frankreich aufgerufen. Ein Teil des darüber zwischen der deutschen und französischen Regierung gewechselten Schriftverkehrs befindet sich in: Die Große Politik der Europäischen Kabinette [GP] 1871–1914 ... hrsg. v. Johannes Lepsius [u.a.], Bd. 1, Berlin 1926, S. 211–242. – Documents diplomatiques français [DDF] (1871–1914). 1^{er} série (1871–1900). T. 1, Paris 1929 (die einschlägigen Nummern sind auf S. XXXII–XXXIII zusammengestellt). Vgl. ferner Gontaut-Biron (Anm. 2), S. 363–422. – Heinz Winkler, Die Stellungnahme der französischen Katholi-

neue Hirtenbriefe der Bischöfe von Angers und Nîmes¹⁷⁾ verschärft wurde. Im letzten dieser Hirtenbriefe wurde, ausgehend von der kirchenpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland, die Geschichte Preußens einem einzigen Raubzuge gleichgesetzt: Preußen sei seit Albrecht von Brandenburg nur durch „Raub und Diebstahl“ zustande gekommen. Im übrigen wurden die preußischen Bischöfe zur Fortsetzung ihres Kampfes gegen ihre Regierung ermuntert.

Die an die französische Regierung gerichtete Aufforderung zu öffentlicher Maßregelung der Bischöfe verstärkte Bismarck nun an den beiden gleichzeitig eröffneten Nebenfronten in Belgien und in der Türkei. Der deutsche Vertreter in Brüssel wurde am 30. Dezember 1873 angewiesen, die belgische Regierung vor der Agitation deutscher Priester von belgischem Boden aus zu warnen¹⁸⁾. Belgien unter „clericaler Leitung“ werde zum „Vorposten der feindseligen Richtung der französischen Politik“. Wenn die belgische Regierung solche Agitationen, die zu einer Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands werden könnten, weiterhin dulde, werde sich Deutschland „nicht auf die Haltung passiver Verstimmung beschränken“. Das waren massive Drohungen, aus denen das Wort Krieg deutlich herausgelesen werden konnte – Drohungen, die in jenen Tagen in ähnlicher Form auch der französischen Regierung übermittelt wurden. Am 31. Dezember versuchte Bismarck obendrein die englische Regierung Gladstone/Granville zu Mahnungen in Brüssel zu veranlassen¹⁹⁾.

Die belgische Komponente dieser neuerlichen Offensive Bismarcks, durch die der Kulturkampf gewissermaßen europäisiert werden sollte, braucht hier nicht weiterverfolgt zu werden. Bevor auf die orientalischen Verzweigungen näher eingegangen wird, soll nur noch festgehalten werden, daß Bismarck sich aus London rasch eine Abfuhr einholte. In einem weiteren Erlaß nach London gab er

ken zu Deutschland und zum Kulturkampf in den Jahren 1872 bis 1875. Diss. phil., Frankfurt/M. 1964, S. 130–161. – Allan Mitchell, *The German Influence in France after 1870. The Formation of the French Republic*, Chapel Hill, N.C., (1979), S. 100–104.

¹⁷⁾ Auszüge in deutscher Übersetzung in: *Europäischer Geschichtskalender* 14 (1873) S. 354–356. Vgl. auch Jacques Gadille, *La pensée et l'action politiques des évêques français au début de la III^e République 1870/1883*. Vol. 1, [Paris] (1967), S. 269–271.

¹⁸⁾ Bismarck an Balan, Berlin, 30. Dezember 1873 (PA, IA Ba 49, Bd. 1).

¹⁹⁾ Ebenda.

zu, daß unter einer Regierung Gladstone, dieses „Staatsmannes mit crypto-katholischen Anschauungen“, keine Rückendeckung in seinem Kirchenkampf zu erwarten sei, und wies seinen Botschafter an, in geeigneter Form auf einen Regierungswechsel in London hinzuwirken²⁰). Die gleiche Weisung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes richtete er auch nach Brüssel, nur mit dem Unterschied, daß er ihr durch entsprechende Andeutungen in der offiziellen Presse noch stärkeren Nachdruck verlieh²¹).

Am 30. Dezember 1873, am selben Tag also, an dem Bismarck seine erste Warnung nach Brüssel gelangen ließ, wies er Eichmann in Konstantinopel an, die türkische Regierung „in vertraulicher Weise auf das sachlich Bedenkliche einer zu großen Nachgiebigkeit gegenüber vatikanischen Ansprüchen“ hinzuweisen, ihr aus der „Genfer Korrespondenz“ das Geeignete mitzuteilen und sie „auf die Gefahren für den allgemeinen Frieden, welche in den Tendenzen der römischen Priesterherrschaft liegen“, aufmerksam zu machen²²).

Aus diesem Erlaß geht hervor, daß Bismarck zum erstenmal aus seiner bisher beachteten absoluten Reserve in rebus orientalibus heraustrat, wenn auch zunächst in vorsichtiger Form, und daß sich seine Weisung in erster Linie gegen die katholische Kirche, nicht gegen Frankreich richtete. Bismarck hatte sich mit diesem Anpochen bei der Pforte auf einen Weg begeben, der – das hätte er als erfahrener Diplomat und Staatsmann des 19. Jahrhunderts wissen sollen – zu zahllosen schwer kalkulierbaren Weiterungen führen mußte. In den folgenden Tagen erhielt er aus Konstantinopel drei Telegramme, aus denen hervorging, daß der von einem längeren Urlaub zurückgekehrte französische Botschafter de Vogüé persönlich beim Sultan die hassunistischen Ansprüche vertreten hatte²³). Er wies dar-

²⁰) Bismarck an Münster, Berlin, 13. Januar 1874 (ebenda). Das Kabinett Gladstone stand ohnehin auf wackligen Füßen; es unterlag in den Parlamentswahlen vom 16. Februar 1874 den Tories, die unter Disraeli eine neue Regierung bildeten. Vgl. J. P. Parry, *Religion and the Collapse of Gladstone's First Government, 1870–1874*, in: *The Historical Journal* 25 (1982) S. 71–101.

²¹) Bismarck an Balan, Berlin, 22. Januar 1874 (PA, IA Ba 49, Bd. 1). Vgl. *Europäischer Geschichtskalender* 15 (1874) S. 465. Bei den Kammerwahlen am 9. Juni 1874 behielten die Klerikalen ihre klare Mehrheit.

²²) PA, IA Bq 47, Bd. 9.

²³) Ebenda Bd. 10 (Telegramme vom 29. 12. 1873, 4. und 8. Januar 1874). Der Bericht de Vogüés über seine Audienz beim Sultan am 1. Januar 1874 in

aufhin Eichmann am 9. Januar 1874 an, gegenüber dieser offenen französischen Parteinahme „mit dem Ausdrücken unseres Interesses für die entgegengesetzte Richtung“ nicht zurückzuhalten²⁴). Das war eine Aufforderung zu schärferer Gangart.

Die nächste Nachricht in der armenischen Sache traf am 17. Januar in Berlin ein²⁵). Danach schien in Konstantinopel die unter französischem Druck vorbereitete Entscheidung der Pforte zugunsten der Hassunisten unmittelbar bevorzustehen. Der türkische Außenminister, Raşid Paşa, hatte eine Besprechung darüber mit Eichmann gehabt und ihm die Gretchen-Frage gestellt: „ob, wenn nach völliger Abweisung der clericalen Ansprüche Frankreich die Beziehungen abbreche, Deutschland in etwaigen Unannehmlichkeiten der Pforte beistehen würde“. Die türkische Regierung tat, was sie in solchen heiklen Situationen im 19. Jahrhundert stets zu tun pflegte: Sie spielte eine europäische Großmacht gegen die andere aus, um sich ungeschoren aus der Affäre zu ziehen, d. h. möglichst keine Entscheidung zu treffen.

Bismarck antwortete umgehend²⁶). Er hielt den Abbruch der diplomatischen Beziehungen französischerseits und einen daraus entstehenden Krieg für unwahrscheinlich. Er versicherte aber trotzdem die Pforte nicht nur des deutschen Beistandes, sondern auch desjenigen der anderen Mächte. „Abweisung klerikaler Zumuthungen Frankreichs würde uns verpflichten.“ Das war ein sehr weitgehendes pauschales Hilfsversprechen, geradezu ein deutscher Blankoscheck für die Türkei. Ein paar Tage später, am 28. Januar, erhielt Eichmann noch die telegraphische Belobigung Bismarcks, daß seine Darlegung der deutschen Auffassung bei der Pforte „correct und [...] für jetzt genügend“ sei²⁷). Eichmann durfte also davon ausge-

AMAE, Corr. pol., Turquie, Bd. 398, f. 13–18. Darin gab der Sultan die Versicherung, daß die französische Regierung in der armenischen Frage voll zufriedengestellt werden würde („fût entièrement satisfait“). Patriarch Hassun hatte den Frankreich-Aufenthalt de Vogüés (August–Dezember 1873) ausgenutzt, um – auch im Namen des Papstes – die französische Regierung zu einer energischen Intervention in Konstantinopel zugunsten der Hassunisten aufzufordern: Hassun an Herzog de Broglie, Rom, 20. August 1873 (AMAE, Corr. pol., Turquie, Bd. 396, f. 133–134).

²⁴) PA, IA Bq 47, Bd. 9.

²⁵) Ebenda Bd. 10 (Telegramm).

²⁶) Am 18. Januar 1874 (Telegramm, ebenda). Bismarck entwarf das Telegramm eigenhändig am Rand der eingegangenen Entzifferung.

²⁷) Ebenda.

hen, daß Bismarck nach wie vor zu seinen Direktiven vom 30. Dezember 1873 und 18. Januar 1874 stand. Um so merkwürdiger mußte es ihn berühren, als er Mitte Februar einen auf den 4. des Monats datierten längeren Erlaß Bismarcks erhielt, der das Vorgehen des Gesandten in „dieser verhältnismäßig weniger wichtigen Sache“ als zu „lebhaft“ kennzeichnete und in der Anklage gipfelte, er habe durch die Weiterleitung des türkischen Unterstützungsgesuches vom 17. Januar nach Berlin den Kaiser und ihn „in die unangenehme Lage“ versetzt, „auf Anfragen amtlich antworten zu müssen, welche so wesentlich in andre und wichtigere Gebiete unserer Politik eingreifen“²⁸⁾. Raşid Paşa habe mit seinem Gesuch um deutsche Unterstützung ohne Zweifel die Absicht gehabt, ihn, Eichmann, in Verlegenheit zu setzen. Er hätte es unterlassen sollen, diese Verlegenheit nach Berlin weiterzuleiten. Die Türkei hätte keiner besonderen Zusage von deutscher Seite bedurft.

Der Stein, den Bismarck durch seine beiden ersten Erlasse bewegt hatte, war aber längst ins Rollen geraten: Noch vor Erhalt der Zurechtweisung hatte Eichmann eine längere Unterredung mit dem türkischen Kriegsminister Avni Paşa, dem Führer der antihassunistischen Gruppe in der türkischen Regierung, gehabt – eine Unterredung, die der Sultan selbst befohlen hatte, offenbar um sich der deutschen Zusicherung nochmals zu vergewissern²⁹⁾. In dem Gespräch erfuhr Eichmann, daß der Sultan über das Vorgehen de Vogüés, der ihn in einer Audienz an das angebliche Versprechen zugunsten der Hassunisten erinnert hatte, empört gewesen sei und den Rat des Deutschen Reiches wünsche. Eichmann wiederholte instruktionsgemäß, seine Regierung fühle sich weiterhin verpflichtet. Er zog in diesem Gespräch aber unvorsichtiger Weise einen Vergleich, aus dem ihm Bismarck kurzerhand einen Strick drehte: Er – Eichmann – sei überzeugt, daß ein preußischer Minister, wenn er eine Demarche, wie sie Vogüé unternommen habe, in Berlin beim Kaiser begünstigen wollte, seines Amtes enthoben würde.

Tatsächlich wurde am 13. Februar der frankophile Großvezir Mehmed Rüştü Paşa, der in dem über der armenischen Frage gespaltenen türkischen Ministerrat die Hassunisten begünstigte, entlassen und an seiner Stelle Avni Paşa ernannt. Es war des Sultans ei-

²⁸⁾ Ebenda.

²⁹⁾ Eichmann an Bismarck, Pera, 5. Februar 1874 (ebenda).

gene Entscheidung³⁰⁾, die er nicht auf Grund dieser Unterredung, sondern aus der allgemeinen Überlegung heraus getroffen haben dürfte, daß er mit einem in frankreichfreundliche und frankreichfeindliche Fraktionen gespaltenen Kabinett keine Anlehnung an Deutschland suchen könne. Letztlich war also Bismarcks eigener Vorschlag, der Türkei die Abwehr französischer Ansprüche anzuraten, für die Entscheidung des Sultans verantwortlich gewesen, nicht die mehr oder weniger geschickte Ausführung solcher Instruktionen an Ort und Stelle.

In Berlin wurde der Wechsel im Großvezirat am 18. Februar bekannt³¹⁾. In den anderen europäischen Hauptstädten führte man ihn natürlicherweise auf das deutsch-französische Tauziehen am Bosphorus zurück. Bismarck merkte jetzt vollends, welche gefährlichen europäischen Weiterungen seine Initiative heraufbeschworen hatte. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der 15 Seiten lange Erlaß nach Konstantinopel vom 21. Februar, der von Bismarck in insgesamt drei Konzepten durchkorrigiert wurde und ein (vermeintliches) Sündenregister Eichmanns enthielt, in erster Linie zur rechtfertigenden Verwendung in Petersburg, Wien und London geschrieben worden ist³²⁾. In zweiter Linie dürfte er als Erläuterung für die Abberufung Eichmanns gedient haben, der wohl seinen Kopf hinhalten mußte, um dem Grafen Arnim Platz zu machen, obwohl dieser seinen neuen Posten in Konstantinopel nie angetreten hat.

Der erste Anklagepunkt bezog sich auf instruktionswidriges Handeln, da Eichmann die Grenze der traditionellen Reserve Preußen-Deutschlands in der orientalischen Politik überschritten habe. Dieser Vorwurf war schlichtweg falsch. Eichmann hatte Instruktionen bekommen, die ihn zum Verlassen dieser Reserve, stets entsprechend dem französischen Auftreten in Konstantinopel, geradezu aufriefen. Ein Überschreiten der Grenze des Erlaubten war nur die erwähnte Äußerung, aus der die Aufforderung zum Ministerwechsel konstruiert werden konnte. Der zweite Anklagepunkt bezog sich denn auch auf die indirekte Mitwirkung am Sturz des Großvezirs. Des weiteren kreierte Bismarck seinem Gesandten die telegraphi-

³⁰⁾ Vgl. Eichmann an Bismarck, Pera, 4. März 1874 (ebenda).

³¹⁾ Bernhard Ernst von Bülow an den Kaiser, Berlin, 18. Februar 1874 (ebenda).

³²⁾ Ebenda. Zum Verhalten der anderen europäischen Großmächte zu den Vorgängen in Konstantinopel vgl. unten den 4. Abschnitt.

sche Instruktionseinholung vom 17. Januar in bezug auf das türkische Hilfsgesuch an. Auch diese Beschuldigung war falsch; denn Bismarck hatte die Anfrage zunächst nicht nur nicht gerügt, sondern sogar unter Erteilung weitgehender Vollmacht postwendend beantwortet. Das vierte Monitum bezog sich auf die möglichen ungünstigen Folgen, die das deutsche Auftreten in Konstantinopel auf den bevorstehenden Besuch Kaiser Franz Josephs in St. Petersburg haben konnte. Solche Folgen zu überblicken und einzukalkulieren war aber allein Sache des verantwortlichen Leiters, nicht seines Ausführungsorgans. In einem fünften Punkt wurde Eichmann dafür verantwortlich gemacht, türkische Erwartungen auf deutsche Unterstützung in einem Maße geweckt zu haben, die nicht erfüllt werden könnten und daher der deutschen Türkei-Politik mehr schaden als nützen. Auch hierin darf Eichmanns Verhalten als durch die Instruktion vom 18. Januar gedeckt angesehen werden. Schließlich wurde Eichmann die besonders empfindliche Rückwirkung seines Verhaltens in London zur Last gelegt. Sie vorzuberechnen wäre aber wiederum in erster Linie Bismarcks Sache gewesen.

Eichmann hat sich gegen den Anklagekatalog nur schwach verteidigt³³), wohl weil seine Abberufung schon beschlossene Sache war³⁴). Ihm wurde noch ein letztes Mal, am 4. März 1874, kurz bevor Bismarck durch einen heftigen Gichtanfall aufs Krankenlager

³³) Eichmann an Bismarck, Pera, 4. März 1874 (ebenda).

³⁴) Eichmann wurde mit Allerhöchster Ordre vom 19. März 1874 von seinem Posten in Konstantinopel abberufen. Die damit wohl zusammenhängende Abberufung Arnims aus Paris erfolgte durch Allerhöchste Ordre vom 2. März, die am 4. März nach Paris abging. Durch Ordre vom 19. März erfolgte Arnims Ernennung für Konstantinopel. (Freundliche Mitteilung von Frau Dr. Maria Keipert, PA Bonn, aus der Personalakte Arnims.) Arnim (und entsprechend wohl auch Eichmann) war bereits am 24. Februar 1874 von seiner bevorstehenden Abberufung aus Paris und seiner Versetzung nach Konstantinopel von Bismarck unterrichtet worden (vgl. Der Arnim'sche Prozeß. Stenographische Berichte über die vor dem Königl. Stadtgericht in Berlin in der Untersuchung wider den Grafen Harry von Arnim [...] geführten Verhandlungen. Mit Aktenstücken, Berlin 1874, S. 474–475). Die Nachricht vom Wechsel Arnim/Eichmann machte bereits Anfang März die Runde durch die diplomatischen Kreise in Konstantinopel (vgl. Locock an Derby, Konstantinopel, 5. März 1874, Public Record Office London, FO 78/2329; de Vogüé an Decazes, Konstantinopel, 18. März 1874, AMAE, Corr. pol., Turquie, Bd. 398, f. 236–237). Zur Abberufung Eichmanns vgl. auch die zu den Akten gänzlich im Widerspruch stehenden Bemerkungen Bismarcks gegenüber einem deutschen Diplomaten vom 19. April 1874 in Bismarck, GW VIII S. 114.

geworfen wurde, ausführlich und in einer Deutlichkeit, wie sie Bismarck seinem Gesandten schon am 30. Dezember 1873 an den Tag gelegt hatte, der eigentliche Grund für die deutsche Initiative in der armenischen Frage klargemacht³⁵). Was ihn zu seinem Schritt in Konstantinopel bewogen habe, schreibt Bismarck, sei der Umstand gewesen, „daß auf diese Angelegenheit sich ein Stück jener verderblichen Tendenz der römischen Priesterherrschaft übertragen hatte [...]. Es war auch nicht die französische Politik als solche, die wir dabei bekämpften, sondern der französische Einfluß in Verbindung mit den päpstlichen Bestrebungen und als dienstbares Werkzeug clericaler Zwecke.“

Man fragt sich, warum Bismarck in solch schroffer, beinahe perfider Weise einen Mitarbeiter über die Klinge hat springen lassen. Überblickt man den Schrift- und Telegrammwechsel zwischen Berlin und Konstantinopel in den Wochen zwischen November/Dezember 1873 und Februar/März 1874, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Bismarck mit dem eigenhändig ausgestellten Blankoscheck vom 18. Januar 1874 seinem Gesandten eine Falle stellen wollte, um einen möglichst günstigen diplomatischen Posten freizuhaben, auf den er den Grafen Arnim abschieben konnte. George Kent hat in seinem Arnim-Buch ein an den Kaiser gerichtetes Gesuch um Abberufung Arnims aus Paris abgedruckt, das offenbar nicht abgegangen und unvollständig datiert ist³⁶). Nach inneren Kriterien zu urteilen, muß es nach dem 13. Januar aufgesetzt worden sein. Darin war für Arnim noch der ohnehin freier werdende Gesandtenposten im Haag vorgesehen. Den Haag mußte für Bismarck aber den großen Nachteil haben, daß von dort aus der Rivale sein Spiel gegen ihn aus denkbar nächster Nähe hätte weitertreiben können. Konstantinopel dagegen, wohin Arnim spätestens am 24. Februar, wahrscheinlich aber schon am 3. Februar 1874, abgeschoben werden sollte³⁷), war ein von Berlin weit abgelegener Ort,

³⁵) Bülow an Eichmann, Berlin, 4. März 1874 (PA, IA Bq 47, Bd. 10).

³⁶) George O. Kent, Arnim and Bismarck, Oxford 1968, S. 189–193.

³⁷) Vgl. ebenda S. 128 Anm. 2 und S. 196. Nach Gerhard Kratzsch, Harry von Arnim. Bismarck-Rivale und Frondeur. Die Arnim-Prozesse 1874–1876, Göttingen [u. a.] [1974], S. 53, hatte Arnim schon Mitte Januar während eines Aufenthaltes in Berlin von der Möglichkeit seiner Versetzung nach Konstantinopel erfahren. Die Versetzung scheint damals noch am Widerstand des Kaisers gescheitert zu sein. Vgl. auch Stenographischer Bericht über den Proceß Arnim, hrsg. unter Mitwirkung der Vertheidiger, der Rechtsanwälte

auf dem er sich kaltgestellt fühlen mußte, da die für sein Intrigenspiel gegen Bismarck notwendigen Verbindungen zum Hofe dann gekappt wären. Beweisen läßt sich diese Deutung aus den Quellen nicht, sie läßt sich aber als naheliegend bezeichnen.

4. Die Großmächte und Bismarcks Intervention in Konstantinopel

Bevor der Armenien-Vorstoß Bismarcks in seine Gesamtpolitik jener Monate eingeordnet wird, soll noch auf die Reaktionen der anderen Großmächte darauf kurz eingegangen werden. Es ist dabei im Auge zu behalten, daß Bismarck in diesen Wochen einen Drei-Fronten-Angriff gegen Frankreich und das in seinen Augen mit diesem verbündete Papsttum führte. Am geräuschvollsten war der Frontalangriff gegen Frankreich, der schon seit dem 3. September 1873 wegen der französischen Hirtenbriefe lief und im Januar 1874, verstärkt durch die beiden am 30. Dezember 1873 begonnenen Flankenangriffe gegen Belgien und die Türkei, seinen Höhepunkt erreichte. Bismarck war so weit gegangen, Frankreich und Belgien gegenüber mit Krieg zu drohen, wenn in beiden Ländern Sprache und Verhalten der Bischöfe nicht gedämpft würden. Die folgenden Wochen in der internationalen Politik gleichen einem Prolog zur bekannten Krieg-in-Sicht-Krise von 1875, an deren Ende nicht Frank-

Munckel und Dockhorn, verhandelt zu Berlin am 9. December 1874 und den folgenden Tagen, Berlin 1874, S. 460 (aus einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ vom 13. 10. 1874: „[...] Bülow [...] machte ihm [Arnim, im Januar 1874] den Vorschlag, den unerträglichen Conflictzustand durch Annahme des in Constantinopel neu zu creirenden Botschafterpostens abzuschließen.“). Vgl. auch ebenda S. 107 und 111 für die Datierung der amtlichen Abberufung Arnims aus Paris. Vgl. ferner Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten. Hrsg. v. Friedrich Curtius. Bd. 2, Stuttgart/Leipzig 1907, S. 118. (Fürst Hohenlohe im Gespräch mit Bismarck am 17. Februar: „Arnim hat bereits für Constantinopel angenommen [...]. Wenn der türkische Botschafter ernannt werden wird, wird Arnim von Paris abberufen. Bismarck will aber, um den Reichstag nicht zu indisponieren, jetzt seine Ernennung nicht vornehmen, sondern erst nach Schluß der Session.“ Bismarck kam in seinem Kampf gegen Arnim noch zugute, daß der Sultan seit einiger Zeit bei Kaiser Wilhelm den Wunsch nach Erhebung der beiderseitigen Gesandtschaften zu Botschaften vorgebracht hatte. Bismarck, der bislang gezögert hatte, darauf einzugehen, griff den Wunsch des Sultans jetzt offenbar gern auf: Der Pariser Botschafter hätte nicht ohne Aufsehen auf einen minder angesehenen und dotierten Gesandtschaftsposten abgeschoben werden können.)

reich, sondern Bismarck in die Schranken gewiesen wurde. Vor dem Hintergrund dieses Bismarckschen Säbelrasselns gegenüber Frankreich ist die Reaktion der Mächte im Januar/Februar 1874 zu betrachten.

Die erste Mitteilung über seinen Vorstoß in Konstantinopel ließ Bismarck am 15. Januar 1874 nach Wien und St. Petersburg gehen³⁸). Eichmann sei instruiert worden, seine Sprache gegenüber der Pforte „in demselben Maße zu accentuieren, in welchem der französische Vertreter die seinige zu Gunsten Rom's und vaticanischer Interessen“ erhebe. Als nächstes wurde am 24. Januar der Erlaß vom 18. Januar nach St. Petersburg mitgeteilt, in dem von der Zusage der deutschen Unterstützung und derjenigen Rußlands die Rede war, falls die Türkei von Frankreich bedrängt würde³⁹). Die wichtigste Rückäußerung kam aus Petersburg am 2. Februar⁴⁰). Sie mußte auf Bismarck wie eine kalte Dusche wirken. Denn Fürst Gorčakov nahm die Nachricht mit besonderer Genugtuung auf, da nun Deutschland aus der stets in orientalischen Angelegenheiten beobachteten Zurückhaltung heraustrete und endlich einmal direkt in das Imbroglio von Konstantinopel verwickelt werde. Deutschland, hieß es in Petersburg, „est entrée par là dans la phase orientale de sa lutte avec l'église Romaine“. Auf die Sache selbst, d. h. auf Bismarcks Wunsch nach solidarischem Auftreten gegen Frankreich in Konstantinopel eingehend, hielt Gorčakov nur eine moralische Unterstützung der Türkei für möglich. Es sollte der Türkei selbst überlassen bleiben zu bestimmen, ob eine Macht (Frankreich) sich in ihre inneren Angelegenheiten mische oder nicht.

Die Reaktion des für die deutsche Orientpolitik wichtigsten Partners bestand also aus Schadenfreude, Ablehnung in der Sache und Belehrung für das künftige Vorgehen. Verwertbar erschien Bismarck nur der Gedanke des russischen Botschafters in Konstantinopel, Ignat'ev, der sich damals in Petersburg aufhielt, das von Frankreich über die katholischen Christen in der Levante beanspruchte Protektorat derart einzuschränken, daß darunter nur ein Schutzrecht über Katholiken französischer Nationalität, nicht auch über Katholiken jeglicher Nationalität zu verstehen sei.

Dieser Vorschlag war für Bismarck offenbar das Stichwort, den Rückzug anzutreten. Er fand sich vollends wie Laokoon im Kampf

³⁸) PA, IA Bq 47, Bd. 10.

³⁹) Ebenda.

⁴⁰) Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck (ebenda).

mit den Schlangen, als er vom Wechsel im Großvezirat erfuhr und sich gegenüber den Mächten darüber zu äußern aufgerufen fühlte. Eichmann wurde desavouiert und als Sündenbock in die Wüste geschickt. Der russischen Regierung signalisierte Bismarck, daß er sich auf das traditionelle Desinteresse Deutschlands im Orient beschränken und den Vorschlag Ignat'evs als im allgemeinen europäischen Interesse liegend aufgreifen wolle⁴¹). Damit handelte er sich aber nur eine neuerliche Abfuhr ein; denn Gorčakov wollte mit Ignat'evs Idee nichts zu schaffen haben⁴²). Er erteilte Bismarck Lektionen darüber, wie er gegen den französischen Protektoratsanspruch in der Praxis am besten vorgehen könne: Er solle ihn nicht im Prinzip, sondern nur von Fall zu Fall in Frage stellen. Auf die deutsch-französischen Beziehungen im allgemeinen eingehend, gab er Bismarck den Rat, doch nicht auf jeden Franzosen zu schießen, dem er begegne. Man müsse es vermeiden, die Regierung MacMahon immer mehr zu schwächen, denn man könne sich wohl keine bessere Regierung in Frankreich vorstellen als die jetzige.

Mit diesen Ratschlägen hatte Gorčakov, was die deutsche Politik gegenüber der Türkei und Frankreich anging, genau das Gegenteil von dem zusammengetragen, was Bismarcks Credo in dieser Hinsicht entsprach. Bismarck hätte sich aber von Gorčakov nicht so leicht zurechtweisen lassen, wenn dahinter nicht dessen Monarch gestanden hätte.

Zar Alexander II. war über Bismarcks kriegerische Politik von französischer Seite interpelliert worden. Außenminister Decazes war im selben Augenblick, als Bismarck seinen Kulturkampf durch seine antifranzösischen Vorstöße zu internationalisieren versuchte, zum Gegenangriff – ähnlich wie er es dann ein Jahr später noch einmal tat – angetreten. Am 18. Januar hatte er seinen Vertretern in London, St. Petersburg und Wien Einzelheiten über die deutsch-französischen Spannungen mitgeteilt und sie dahin gedeutet, daß Bismarck die anderen Mächte zwingen wolle, sich seinem Kirchenkampf anzuschließen⁴³). Das bevorstehende Monarchentreffen in

⁴¹) Bismarck an Prinz Heinrich VII. Reuß, Berlin, 15. Februar 1874 (ebenda). Vgl. auch Borisov (Anm. 2), S. 175.

⁴²) Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck, St. Petersburg, 20. Februar 1874 (PA, IA Bq 47, Bd. 10).

⁴³) DDF I S. 298–299. Vgl. auch Christoph Steinbach, Die französische Diplomatie und das Deutsche Reich 1873 bis 1881. Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen der französischen Beurteilung der deutschen Politik

St. Petersburg zwischen Franz Joseph und Alexander nahm er zum Anlaß, um beide Monarchen auf das Vorgehen Bismarcks aufmerksam zu machen⁴⁴).

Von Alexander erfuhr Decazes, daß dieser Bismarcks antifranzösische Kampagne als Finte ansehe „pour échapper aux embarras intérieurs“⁴⁵). In Wien äußerte sich Andrassy, daß Österreich niemals Deutschland auf diesem Wege folgen und daß er Wasser in Bismarcks Wein gießen werde. Franz Joseph bezeichnete den Weg, den Bismarck begehe, als Irrweg⁴⁶). Eine besonders hochkarätige Antwort kam aus London. Königin Victoria sah sich veranlaßt, dem deutschen Kaiser am 10. Februar ihre Sorge über die deutsch-französischen Spannungen und über die Möglichkeit eines daraus entspringenden Krieges auszudrücken⁴⁷). Ein Krieg mit Frankreich „might lead to lamentable consequences“. Über den in Konstantinopel inszenierten Ministerwechsel zeigte sich die englische Regierung „einigermaßen erregt“⁴⁸).

Angesichts dieser vielstimmigen Ablehnung von seiten verbündeter und wohlwollender Mächte blieb für Bismarck als einziger Erfolg der Rückzug, den auch Frankreich in dem gespannten Verhältnis zu Deutschland antrat, zu verbuchen. In der größeren Affäre der Hirtenbriefe hatte die französische Regierung zum erstenmal Entgegenkommen gezeigt, als am 26. Dezember 1873 der Kultusminister den französischen Bischöfen einen Rundbrief schickte, in dem er zur Mäßigung mahnte⁴⁹). Ein weiterer Schritt war die zweimonatige Suspension des katholischen „Univers“ am 19. Januar 1874, der

und der Außenpolitik Frankreichs (Pariser Historische Studien, Bd. 14), Bonn 1976, S. 61.

⁴⁴) Ebenda S. 303 (Nr. 271).

⁴⁵) Ebenda S. 308, 312.

⁴⁶) Ebenda S. 307, 311, 317.

⁴⁷) The Letters of Queen Victoria. Second Series, A Selection from Her Majesty's Correspondence and Journal between the Years 1862 and 1878. Ed. by George Earle Buckle, Vol. 2, 1870–1878, London 1926, S. 313–314. Die Antwort Wilhelms I. ebenda S. 325–328.

⁴⁹) Graf Münster an Bismarck, London, 25. Februar 1874 (PA, IA Bq 47, Bd. 10.) Den eigentlichen Grund für die Abneigung der englischen Regierung gegenüber dem neuen Großvezir Avni Paşa vermutete der deutsche Gesandte in Konstantinopel darin, daß dieser die Ausrüstung für die türkische Armee nicht mehr aus England, sondern aus Deutschland und den USA bezog. (Werther an Bismarck, Bujukdere, 10. August 1874. PA, IA Bq 47, Bd. 11.)

⁴⁹) Text in DDF I S. 292–293.

soeben einen gegen Deutschland gerichteten Hirtenbrief des Bischofs von Périgueux veröffentlicht hatte⁵⁰). Bismarck gab Anfang Februar zu verstehen, gewiß auch genötigt durch die Reaktionen der anderen Mächte, daß er die Sache als beendet ansehen möchte⁵¹). Am 17. Februar wurde Arnim in Paris instruiert, in der Angelegenheit nichts weiter mehr zu unternehmen⁵²).

In denselben Tagen wurde auch die kleinere Armenien-Affäre ad acta gelegt. Decazes erklärte Arnim gegenüber am 13. Februar, daß de Vogüé bei seinem Eintreten für die Hassunisten aus eigenem Antriebe gehandelt habe⁵³). Die Hassunisten seien dessen „persönliche Klientel“. Daran knüpfte er die allgemeine Bemerkung, daß die französische Regierung weder ein Recht noch ein Interesse behauptete, sich in die armenische Frage zu mischen. Bismarck verfolgte noch bis in den Sommer 1874 hinein den französischen Anspruch auf ein Protektorat über die katholischen Christen im Ottomanischen Reich und verschaffte sich schließlich die Genugtuung, daß alle Mächte, Frankreich eingeschlossen, dieses Recht nur in dem eingeschränkten Sinne anerkannten, daß Frankreichs Protektorat sich lediglich auf Katholiken französischer Nationalität erstrecke⁵⁴).

5. Bismarcks Motive für die Intervention in die armenisch-katholische Frage und für die Europäisierung des Kulturkampfes

Es ist klar, daß Bismarck diesen Rückzug nur angetreten hatte, um angesichts des schweren Mißerfolges, den er nach seinem massiven Vorstoß vom Januar 1874 geerntet hatte, nach außen hin das Gesicht zu wahren. Es erhebt sich die allgemeine Frage, ob Bismarck nicht diesen Mißerfolg mehr oder minder hätte voraussehen können, und, wenn ja, warum er ihn dann überhaupt riskiert hat.

⁵⁰) Herzog Decazes an Gontaut-Biron, Versailles, 19. Januar 1874 (ebenda S. 299–300).

⁵¹) Vgl. ebenda S. 304 und 310 (No. 280).

⁵²) GP I S. 238.

⁵³) Graf Arnim an Bismarck, Paris, 13. Februar 1874 (PA, IA Bq 47 Bd. 10). Ein beschwichtigendes Zirkular Decazes' vom 5. März 1874 in AMAE, Corr. pol., Angleterre, vol. 765, f. 198–202.

⁵⁴) Die Akten dazu in PA, IA Bq 47, Bd. 10 und 11. Vgl. auch E. von Müllern, *Die lateinische Kirche im Türkischen Reiche*, Berlin ²1903, besonders S. 42–62.

a) Außenpolitische Motive

Beobachter der Szene haben sich natürlich diese Frage auch gestellt und sie zu beantworten versucht. Decazes, der zuvorderst betroffene Gegner, hat in der oben zitierten Äußerung ein außenpolitisches Motiv angedeutet⁵⁵): Bismarck habe angesichts der Kundgebungen der Bischöfe in Österreich, Belgien und Frankreich zugunsten der bedrängten Katholiken im Deutschen Reich eine internationale Koalition gegen Deutschland befürchtet und sie mit einer Gegenkoalition in Schach halten oder ihre Formierung überhaupt verhindern wollen. Diese Deutung hat gewiß ihre Berechtigung, zumal sie durch einschlägige Äußerungen Bismarcks gestützt werden kann. Sie setzt voraus, daß Bismarck den Kampf gegen die katholische Kirche aus grundsätzlichen Erwägungen heraus geführt hat und nicht als Mittel zum Zweck (etwa um die Macht des Zentrums zu zerschlagen). Eine Überfülle von Quellenzeugnissen läßt daran keinen Zweifel. Nicht zuletzt die hier behandelte armenische Episode hat genügend Belege dafür erbracht, daß Bismarck mit seinem Auftritt in Konstantinopel nicht Frankreich in erster Linie, sondern die universal gebietende „Priesterherrschaft“, das Papsttum mit seinem Absolutheitsanspruch treffen wollte.

Diesem allgemeinen außenpolitischen, primär antivatikanischen Motiv läßt sich noch ein partielles, nämlich antifranzösisches hinzufügen. Bismarck wird in den oft flammenden und dröhnenden Kundgebungen des französischen Episkopats tatsächlich eine Erschwerung des innerdeutschen Kulturkampfes gesehen haben, die es zu beseitigen galt. In Frankreich fand, mit dem Jahr 1873 als einem der Höhepunkte, das Gegenteil von Kulturkampf statt, nämlich eine das ganze Land erfassende religiöse Bewegung, die sich in Massenwallfahrten, glühendem Marienkult, Verehrung des Heiligsten Herzen Jesu (z. B. Bau der Sacré-Cœur-Kirche auf dem Montmartre) äu-

⁵⁵) DDF I S. 298. Vgl. auch Gontaut-Biron (Anm. 2), S. 396–401; Borisov (Anm. 2), S. 166; Wallace (Anm. 1), S. 217–221; van Heeckeren von Beverwaard an Gericke van Herwijnen, Wien, d. 13. Februar 1874 (Bescheiden betreffende de buitenslandse politiek van Nederland 1848–1919. Tweede periode. Hrsg. v. J. Woltring. Erste deel. 1871–1874, s'Gravenhage 1962, S. 681): „Monsieur de Bismarck voudrait opposer coalition à coalition. Convaincu que les ultramontains de tous les pays se sont entendus, il me paraît décidé à provoquer, à son tour, la ligue de tous les états contre les tendances cléricales.“

Berte und einen politisch-nationalistischen, damit antideutschen Einschlag nicht verleugnen konnte⁵⁶). Höchst bedenklich mußte Bismarck diese Bewegung erscheinen, als Ende Mai 1873 die republikanische Regierung Thiers ziemlich unerwartet durch die konservative Regierung MacMahon ersetzt wurde. Er sah in dieser Regierungsumschwung nicht nur die Gefahr erhöhter Bündnisfähigkeit für Frankreich, sondern zugleich eine Potenzierung dieser Gefahr durch „klerikale“ Einflüsse⁵⁷). Die Hirtenbriefaktion des französischen Episkopats, dann der Auftritt de Vogüés in Konstantinopel gaben Bismarck wiederholt einen bequemen Anlaß, um dieser doppelten Gefahr entgegenzuwirken, indem einmal die französische Regierung in die Schranken verwiesen und ihre Verantwortung für das Wohlverhalten des Episkopats deutlich gemacht, zum andern sie durch entsprechende Mitwirkung der anderen europäischen Mächte isoliert und damit bündnisunfähig gehalten wurde.

Eine solche Deutung würde somit Bismarcks Vorstöße, darunter auch jenen in der armenischen Frage, *prima facie* nehmen, dahinter also kein weiteres Motiv vermuten. Sie ist für sich genommen indes nicht tragfähig und darf nur mit der zuerst genannten und den noch weiter zu nennenden zusammen gesehen werden.

b) Innenpolitische Motive

Mehrere zeitgenössische Beobachter haben eine Erklärung für Bismarcks Handeln im innenpolitischen Bereich gesehen. Zitiert

⁵⁶) Vgl. Jean-Marie Mayeur, *Les débuts de la III^e République 1871–1898*, [Paris], (1973), S. 27–28, 134–153 (Kapitel „Croyance et cultures“). – Adrien Dansette, *Histoire religieuse de la France contemporaine*. [Vol. 1.] *De la Révolution à la Troisième République*, [Paris], (1948), S. 454–456. – André Latreille [u. a.], *Histoire du catholicisme en France*. Vol. 3. *La période contemporaine*, Paris (1962), S. 405–407. – Gadille I S. 229–237 (Anm. 17). – Nach Gadille (ebenda I S. 272), der die Akten des Bischofs von Nancy verwendete, kann unter den antifranzösischen Motiven Bismarcks auch die Absicht eine Rolle gespielt haben, auf den Heiligen Stuhl Druck auszuüben, um eine raschere Festlegung der neuen Diözesangrenzen in Lothringen zu erreichen.

⁵⁷) Vgl. Bismarck an Schweinitz, Berlin, 4. Juni 1873: „Ich sehe in dem Tausch MacMahons gegen Thiers die Eintauschung eines stärkeren, militärischen, ultramontanen, bündnisfähigeren Frankreichs gegen ein schwächeres, civilistisches, antiklerikales, isoliertes.“ (GP I S. 189 Anm. – Vgl. auch ebenda S. 239–240. Ferner Fürst Otto von Bismarck, *Die Gesammelten Werke [GW]*. Bd. 15. *Erinnerung und Gedanke*. Kritische Neuausgabe ..., [Berlin 1932], S. 360–361.)

wurde schon die Bemerkung des Zaren Alexander, daß Bismarcks Kampagne gegen Frankreich nur ein Manöver zur Ablenkung von inneren Schwierigkeiten darstelle⁵⁸). Gontaut-Biron, der französische Botschafter in Berlin – der übrigens von Bismarck mitsamt seinem Personal als ein Herd des Ultramontanismus angesehen wurde⁵⁹) –, nannte diese Schwierigkeiten in seinen Berichten nach Paris immer wieder beim Namen⁶⁰): Es seien die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874, von denen entsprechend den preußischen Landtagswahlen vom 4. November 1873 eine erhebliche Stärkung des Zentrums zu erwarten war, und das Reichsmilitärgesetz, das im Februar 1874 vor den Reichstag gebracht werden sollte. Bei der Diskussion um dieses Gesetz, bei dem es um das Prinzip der jährlichen (periodischen) oder „ewigen“ Etatbewilligung (Äternat) für die militärischen Ausgaben ging⁶¹), traten als Hauptgegner die Liberalen auf, deren Bismarck aber für den Kulturkampf bedurfte. Gontaut-Biron tröstete seine Regierung damit, daß nach den Wahlen und nach Verabschiedung des Militärgesetzes die Fanfarenstöße wegen der Hirtenbriefe verhallen würden. Bismarck brauche zum einen eine Wahlkampfparole, zum andern das französische Gespenst, um den Reichstag *gouvernemental* und gefügig zu machen. Diese innenpolitische Deutung wurde vom englischen Botschafter, Odo Russell, voll geteilt⁶²).

⁵⁸) Vgl. Anm. 45; ferner Gontaut-Biron (Anm. 2), S. 407.

⁵⁹) Bülow an Prinz Heinrich VII. Reuß, Berlin, 13. Mai 1875 (PA, Botschaft St. Petersburg, *Acta secreta*, Erlasse und Berichte 1875).

⁶⁰) Vgl. DDF I S. 286, 295, 297, 303. Gontaut-Biron (Anm. 2), S. 364–365, 369–370, 376–377, 382 (Bismarck selbst: „Der Vorfall [...] beschäftigt mich im Hinblick auf meine innere Politik, und auf die Wirkung, die er in Deutschland haben wird. [...] Ich darf nicht einmal den Verdacht der Schwäche gegenüber den Klerikalen und ihren Verbündeten aufkommen lassen“). – AMAE, *Papiers Decazes*, vol. 6, f. 1⁴ (Privatbrief Gontaut an Decazes, Berlin, 26. Dezember 1873).

⁶¹) Vgl. Harald Müller, *Die Auseinandersetzungen über das Reichsmilitärgesetz von 1874*. Diss. phil. (masch.), Berlin (Ost) 1960.

⁶²) [Odo Russell,] *Letters from the Berlin Embassy. Selections from the Private Correspondence of British Representatives at Berlin and Foreign Secretary, Lord Granville, 1871–1874, 1880–1885*. Ed. ... by Paul Knaplund (Annual Report of the American Historical Association for the year 1942 ... 2), Washington 1944, S. 121, 124. – Thomas W. L. Newton, *Lord Lyons. A Record of British Diplomacy*. Vol. 2 (1871–1887), London 1914, S. 50 (Lord Lyons an Lord Granville, Paris, 17. Januar 1874). Vgl. auch DDF I S. 332 (No. 302, Gorčakov: „[...] les menaces de l'Allemagne étaient une sorte de jeu joué dans l'intérêt de la loi militaire“).

Tatsächlich verstummte Bismarcks Säbelgerassel in der ersten Februarhälfte, als die Wahlen vorüber waren, der Militärgesetzentwurf eingebracht und durch eine das französische Motiv geschickt verwertende Rede Moltkes erläutert worden war.

Sicherlich ist diesen beiden innenpolitischen Motiven, dem wahltaktischen und dem gesetzgeberischen, noch ein weiteres hinzuzufügen, das in den einschlägigen Quellen in weniger direktem Zusammenhang genannt wird, aber doch auf der Hand liegt: der Kulturkampf selber, der in jenen Monaten schon in seiner vollen Härte entfesselt war. Die Maigesetze von 1873 hatten auf Geistlichkeit und Kirchenvolk keineswegs, wie Bismarck wohl spekuliert hatte, abschreckend gewirkt; sie hatten den Widerstand vielmehr bis zum äußersten angestachelt. Am 3. Februar 1874 kam es zu der schon wochenlang angedrohten ersten Bischofsinhaftierung, als Erzbischof Ledochowski von Posen und Gnesen ins Gefängnis abgeführt wurde. Am 10. Dezember 1873 war der leidenschaftlich umstrittene Entwurf zum Zivilehegesetz im preußischen Abgeordnetenhaus eingebracht und am 15./19. Januar 1874 in dritter Lesung behandelt worden. Das preußische Staatsministerium mit Kultusminister Falk als treibendem Motor hatte zuvor die größte Mühe gehabt, den Kaiser, der innerlich nur mit der fakultativen und nicht mit der obligatorischen Zivilehe einverstanden war, von der Notwendigkeit des Gesetzes zu überzeugen. Im Landtag selbst leisteten die Konservativen erbitterten Widerstand. Am 20. Januar 1874 wurden das Gesetz über die Verwaltung erledigter Bistümer, am 20. Februar das Expatriierungsgesetz eingebracht.

Bismarck bedurfte angesichts dieser massiven Verschärfung des Kulturkampfes – in der Frage des Zivilehegesetzes stand er eher dem Kaiser als seinem Kultusminister näher⁶³) – zusätzlicher Rechtfertigungsgründe. Die französischen Hirtenbriefe, die belgischen Sympathiekundgebungen für die katholische Kirche in Preußen und die französische Fürsprache für die Hassunisten in Konstantinopel boten Bismarck die Handhabe, die Gefahren des nun auch von außen drohenden „Ultramontanismus“ und „Klerikalismus“ durch entsprechende Presselenkung an die Wand zu malen. Höhepunkt war ein in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 16. Ja-

⁶³) Vgl. Bismarck an Bülow, Varzin, 12. November 1873 (Bismarck, GW VIc S. 347). Ferner Bismarck, GW XV S. 342.

nuar 1874 erschienener Artikel⁶⁴), in dem der Papst als ein Friedensrisiko nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt hingestellt wurde. „Daß er nicht durch Bundesgenossenschaft sich verstärke, ist unser eigenstes Interesse. Und darin liegt die Gefahr für unser Verhältniß zu Frankreich [...]. Eine französische Regierung, die sich in den Dienst der römischen Priesterpolitik herabwürdigen ließe, würde [...], weil sie die Satellitin Roms wäre, eine uns feindselige Regierung sein, mit der wir nicht in Frieden leben könnten.“

c) Persönliche Motive

Mit dem Aufbau dieses römisch-französischen Schreckgespenstes wollte Bismarck aber noch ein letztes Ziel verfolgen, das den zeitgenössischen Beobachtern gänzlich verborgen blieb, weil es nur hinter den Kulissen sichtbar war: die Kaltstellung des Grafen Arnim, des deutschen Botschafters in Paris und Rivalen Bismarcks. Wenn man Bismarcks Erinnerungen unter diesem Gesichtspunkt liest, wird deutlich, wie die Furcht vor seinem eigenen Sturz und seiner Ersetzung durch Arnim sich ins Grenzenlose gesteigert hatte und sich in politischem Handeln niederschlug. Bismarck hat diesen persönlichen Ängsten weite Passagen und ganze Kapitel in seinen Erinnerungen gewidmet⁶⁵), die sich zum guten Teil auf die hier behandelten Monate 1873 und 1874 beziehen. In dem Kapitel „Intrigen“ geht er ausführlich auf seine Auseinandersetzungen mit Arnim ein, die von der Wissenschaft schon gründlich an Hand der Quellen erforscht sind⁶⁶), so daß auf sie hier nicht näher eingegangen werden soll.

Wichtig für die vorliegenden Zusammenhänge ist, daß Bismarck seit dem Herbst 1872 mit Arnim über die gegen Frankreich zu befolgende Politik (Erhaltung der – vermeintlichen – Bündnisunfähigkeit durch Förderung des republikanischen Regimes Thiers contra Förderung eines monarchistisch-konservativen Umschwungs) aneinandergeriet und den seit der Regierung MacMahon sich fast unüberbrückbar gestaltenden Konflikt nur deshalb nicht durch Abberufung des Botschafters lösen konnte, weil der Kaiser Arnims Anschauungen Sympathien entgegenbrachte und die Kaise-

⁶⁴) Vgl. die Zusammenfassung im Europäischen Geschichtskalender 15 (1874) S. 43–44.

⁶⁵) Bismarck, GW XV S. 349–350, 356–360.

⁶⁶) Kent (Anm. 36); Kratzsch (Anm. 37).

rin, das Kronprinzenpaar und „Politiker der rechten Seite“⁶⁷⁾ eine Kanzlerschaft Arnims begünstigten. Die Weiterführung des Kulturkampfes, d.h. entweder sein allmählicher Abbau oder seine Verschärfung, war auf höchster Ebene derart umstritten⁶⁸⁾, daß Bismarck die Flucht nach vorn antrat, um den Kaiser mitzureißen und dem befürchteten Ministerwechsel vorzubeugen. In den Erinnerungen gesteht er, daß er angesichts des Widerstands des Kaisers gegen die obligatorische Zivilehe diesen zur Option zwischen obligatorischer Zivilehe und Ministerwechsel nötigte. Selbst seinen alten Freund Roon verdächtigte er, einen Wechsel Bismarck-Arnim nicht ungern gesehen haben zu wollen⁶⁹⁾.

Die Übernahme des preußischen Ministerpräsidentenamtes aus den Händen Roons im November 1873, die zudem mit einer im Sinne verschärfter Kulturkampfführung betriebenen Umbildung im preußischen Staatsministerium verbunden war⁷⁰⁾, ist ebenfalls in diesen Zusammenhang der Flucht Bismarcks nach vorn einzufügen. Bismarck kannte auch das Wort Arnims, dessen dieser sich sogar in der Öffentlichkeit rühmte, daß er allein einen Weg wüßte, den Kulturkampf zu beenden⁷¹⁾. Als Arnim am 1. September 1873 eine Aussprache mit Bismarck in Berlin hatte, schleuderte ihm Bismarck – nach dem durchaus glaubwürdigen Zeugnis Arnims – den Vorwurf ins Gesicht⁷²⁾: „Sie konspirieren mit der Kaiserin und Sie werden nicht eher ruhen, als bis Sie hier an diesem Tische sitzen werden, wo ich jetzt sitze.“ Der Verdacht, mit der Kaiserin Augusta zusammenzuarbeiten, genügte Bismarck allein schon, um aus einem Mitarbeiter einen Todfeind zu machen. Um die von Bismarck empfundene

⁶⁷⁾ Bismarck, GW XV S. 349.

⁶⁸⁾ Vgl. ebenda S. 335–336, 342, 432, 435. Von den zahlreichen Belegen vgl. für 1873/74 noch Hohenlohe (Anm. 37) S. 105 („Die Kronprinzeß tadle den Kirchenkonflikt, weil er von Bismarck hervorgerufen sei, den sie haßt“). Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers [Robert] Freiherrn Lucius von Ballhausen, Stuttgart/Berlin 1920, S. 49 („Dort [seitens des Militärkabinetts und der Kaiserin] versuche man sich dem Zentrum zu nähern und mit dessen Unterstützung das Militärgesetz ohne Bismarck zu machen“). Briefe der Kaiserin Friedrich. Hrsg. v. Frederick Ponsonby, Berlin [1929], S. 161–162 (Brief Lady Emily Russells an Königin Victoria vom 15. März 1873).

⁶⁹⁾ Bismarck, GW XV S. 342, 349.

⁷⁰⁾ Vgl. Europäischer Geschichtskalender 14 (1873) S. 217. – Bismarck, GW VIc, S. 42–43.

⁷¹⁾ Bismarck, GW XV S. 165; Kratzsch (Anm. 37), S. 27, 55.

⁷²⁾ [Anonym: Harry Graf von Arnim], Pro Nihilo! Vorgeschichte des Arnim'schen Prozesses. 1. Heft. Zürich 1876, S. 77–78.

Schwere dieses Verdachts zu verstehen, genügt es, sich sein Wort vor Augen zu halten, daß die Hindernisse, die ihm aus der Tätigkeit der Kaiserin entgegenwuchsen, „zuweilen schwerer zu überwinden waren als die von fremden Mächten oder feindlichen Parteien verursachten“⁷³). Das Verhältnis zum Kronprinzenpaar war ähnlich schwer, wenn auch in anderer Richtung (Furcht vor einem „Ministerium Gladstone“), belastet.

Es liegt nichts näher, als die von Bismarck an den drei oben beschriebenen Fronten konstruierten Spannungen mit Frankreich als Flucht nach vorn im Kampf mit Arnim anzusehen: Die von Frankreich verantwortete Internationalisierung des Kulturkampfes mußte dem Kaiser gegenüber als die Sicherheit und den äußeren wie den inneren Frieden des Reiches bedrohend hingestellt und Arnim als Mitschuldiger, der Bismarcks Frankreichpolitik hintertreibe, gebrandmarkt werden. Der Kaiser mußte jetzt wählen: entweder Arnim und damit Spannungen und womöglich Krieg mit Frankreich oder Bismarck und damit feste und einheitliche Führung der inneren wie der äußeren Politik. Nachdem Bismarck schon verschiedene fehlgeschlagene Versuche zur Entfernung Arnims unternommen hatte, zuletzt im Juni 1873 durch Stellen der Kabinettsfrage⁷⁴), bot ihm die Situation an der Jahreswende 1873/74 erneut den Hebel, sich seines Erzfeindes zu entledigen.

Mitte Januar entwarf Bismarck den schon erwähnten Allerhöchsten Vortrag, in dem er die Versetzung Arnims nach Den Haag forderte⁷⁵). Er verzögerte ihn möglicherweise, weil sich in den folgenden Tagen auch eine Umbesetzung in Konstantinopel herbeiführen ließ, die zur vollständigen Kaltstellung Arnims verwendet werden konnte. Arnim verdarb sich dann jede Chance zum erfolgreichen Widerstand durch seinen öffentlich geführten Gegenangriff gegen Bismarck, der schließlich zu dem bekannten Arnim-Prozeß führte.

⁷³) Bismarck, GW XV S. 435.

⁷⁴) Kent (Anm. 36), S. 122. – Lucius von Ballhausen (Anm. 68), S. 66–67. (Aufzeichnung eines Gespräches Bismarcks mit Lucius am 6. Januar 1875 über die Arnim-Affäre: „1872 habe es so gestanden, daß er Seiner Majestät in Babelsberg gesagt habe: ‚Er oder Ich.‘ [...] Bismarck war damals [Herbst 1873] krank und abgespannt in Varzin. Eine vollständige diplomatische Konspiration war eingeleitet, wonach eventuell auch Arnim oder Schweinitz Premier werden sollten.“)

⁷⁵) Vgl. oben Anm. 36.

6. Zusammenfassung

Unter den unierten katholischen Armeniern im Ottomanischen Reich war es nach 1867 auf Grund der Zentralisierungsbestrebungen der römischen Kurie (Bulle *Reversurus*) zur Spaltung in eine Rom ergebene Gruppe unter Führung des Patriarchen Anton Hassun und eine Rom widerstrebende Gruppe gekommen. Nach 1871 begünstigte die Pforte, befreit von französischer Vormundschaft, die Dissidenten, indem sie ihnen den Status einer eigenen Gemeinde zuerkannte. In der zweiten Jahreshälfte 1873 versuchte der französische Botschafter in Konstantinopel, Melchior de Vogüé, von der Pforte die Gleichbehandlung der romtreuen Hassunisten zu erwirken. Am 30. Dezember 1873 wies Bismarck den deutschen Gesandten in Konstantinopel an, diesem Versuch, hinter dem er die Hand des Papstes vermutete, entgegenzutreten. Die Weisung wurde am 18. Januar 1874 verschärft, als Bismarck von einem türkischen Gesuch um deutsche Unterstützung gegen die französischen Forderungen erfuhr. Da aber die anderen europäischen Mächte, von Bismarck zu solidarischem Vorgehen aufgerufen, nicht mitmachten und es in Konstantinopel auf Grund des deutsch-französischen Tauziehens gar zu einem Ministerwechsel gekommen war, wurde der deutsche Gesandte desavouiert und schließlich seines Postens enthoben. Bismarck versicherte den anderen Mächten, in seine traditionell beobachtete absolute Reserve in der orientalischen Frage zurückkehren zu wollen.

Die Motive für Bismarcks plötzliches Engagement sind im größeren Zusammenhang des Kulturkampfes zu sehen. Bismarck befand sich schon seit Monaten in Auseinandersetzungen mit der neuen französischen Regierung MacMahon wegen verschiedener deutschfeindlicher Hirtenbriefe französischer Bischöfe. Seine Pressionen auf Frankreich versuchte er über Konstantinopel und gleichzeitig auch über Belgien, wo sich ebenfalls kritische Stimmen gegen seinen Kirchenkampf erhoben, zu verstärken, um es damit von jeglicher Einmischung in den deutschen Kulturkampf abzuhalten.

Das außenpolitische Motiv reicht jedoch nicht aus, um Bismarcks Vorgehen hinlänglich zu erklären. Bismarck stand damals vor zahlreichen innenpolitischen Schwierigkeiten, für deren Lösung er die prononciert antifranzösische Außenpolitik einzuspannen suchte: Sie sollte als Schlachtruf für den Reichstagswahlkampf in den ersten Januartagen, als Rechtfertigung für die Regierungsforde-

rungen beim anstehenden parlamentarischen Kampf um das Reichsmilitärgesetz (16. Februar 1874) und als Drohkulisse für die zahlreichen neuen Kulturkampfmaßnahmen und -gesetze dienen. Ins Zentrum des Motivgeflechts stößt man vor, wenn Bismarcks wankende Stellung gegenüber dem Kaiser mitberücksichtigt wird. Bismarck witterte in der Person des deutschen Botschafters in Frankreich, des bei Hofe wohlgelittenen Grafen Arnim, seinen Rivalen. In der schon über ein Jahr währenden Auseinandersetzung mit diesem trat er die Flucht nach vorn an, als sich die deutschfeindlichen Vorgänge in Frankreich, in Konstantinopel und in Belgien massierten und als Handhabe gegen Arnim geradezu anboten. Die Rivalität endete zu seinen Gunsten, indem Arnim auf das freigewordene Abstellgleis nach Konstantinopel abgeschoben werden sollte. Auf dem außenpolitischen Felde aber hinterließ Bismarck mit seinem martialischen Auftreten gegen Frankreich böse Erinnerungen, die ihm in der Krieg-in-Sicht-Krise des folgenden Jahres schwer schadeten⁷⁶). Vielleicht fände man bei der heute noch nicht restlos geklärten Deutung dieser großen internationalen Krise von 1875 in diesem persönlichen Motiv – Kampf mit Arnim und den hinter ihm stehenden Kräften – durch genaue Analyse des Arnim-Prozesses, der im Dezember 1874 begann, und seiner Zusammenhänge mit der Krise das „fehlende Glied“ und damit eine schlüssige Erklärung. Die frappierende Ähnlichkeit im Ablauf beider nach außen gegen Frankreich inszenierten Krisen ist doch wohl kaum zufällig.

⁷⁶) Auch bei Bismarck hinterließ der außenpolitische Fehlschlag seines Vorstoßes in der Hirtenbriefaffäre einen tiefsitzenden Eindruck, der bei der Erklärung seines ähnlich gearteten Verhaltens im Frühjahr 1875 unbedingt berücksichtigt werden muß. Vgl. dazu folgenden Passus aus einem Privatbrief Gontaut-Birons an den Herzog Decazes, Berlin, 15. November 1874: „[...] Bismarck, [...] très contrarié de l'insistance avec laquelle depuis l'incident des Mandements les journaux de presque toute l'Europe l'accusent de provoquer incessamment la guerre.“ (AMAE, Papiers Decazes, vol. 6, f. 58.)